

Bürokraten sind völlig unfähig, vernünftige Entscheidungen zu treffen

geschrieben von Chris Frey | 7. Juni 2023

[Francis Menton](#), [MANHATTAN CONTRARIAN](#)

Im Wirtschaftsleben sind Kompromisse für jeden ein ständiges Thema. Vielleicht möchten Sie sich bessere Kleidung kaufen und beschließen daher, bei den Lebensmitteln zu sparen. Oder man verschiebt die Renovierung des Badezimmers, weil zuerst die Küche erneuert werden muss. Oder man lässt den Urlaub in diesem Jahr ausfallen, um sich ein neues Auto zu kaufen. Alles, was man kauft, bedeutet, dass man etwas anderes nicht kaufen kann, so dass jede Kaufentscheidung zwangsläufig mit Abwägungen verbunden ist. Das gleiche Prinzip gilt für die Nutzung Ihrer Zeit: Jede Stunde, die Sie für eine Sache aufwenden, können Sie nicht für etwas anderes verwenden. Lernen Sie dieses Jahr Spanisch oder trainieren Sie für den Marathon – Sie werden nie Zeit für beides finden.

Die Regierung ist mit der gleichen Notwendigkeit konfrontiert, Kompromisse zu schließen, unterliegt aber leider schlechten Anreizen, die es oft nahezu unmöglich machen, vernünftige Kompromisse zu schließen. Die Regierung ist in isolierte Bürokratien unterteilt, von denen jede ihren eigenen Bereich für den wichtigsten hält. Nirgendwo ist dieses Phänomen ausgeprägter als in der Umweltbürokratie, zu der nicht nur die EPA, sondern auch große Teile des Energie- und Innenministeriums gehören. Diese Bürokratien sind mit Umwelteiferern besetzt, die den Planeten retten wollen, und sie finden das ganze Konzept der Kompromisse abscheulich. Was ist mit Dingen wie dem Wohlstand der Menschen, der Bequemlichkeit der Menschen oder dem Komfort? Irgendwie zählen diese Dinge für den Umweltfunktionär nicht.

Dieses Phänomen der Unfähigkeit, auch nur im Entferntesten vernünftige Kompromisse einzugehen, hat sich in den Umweltnachrichten der letzten Wochen deutlich gezeigt.

Nehmen wir als Beispiel die neue [Vorschrift](#) für Geschirrspüler, verkündet am 5. Mai. Diese Vorschrift stammt vom Energieministerium. Sie schreibt den Herstellern von Geschirrspülern so genannte „neue Standards für Wasser- und Energieeffizienz“ vor. In der Pressemitteilung wird den Menschen vor allem suggeriert, dass Sie damit Geld sparen können – viel Geld – und gleichzeitig die „Kohlenstoffemissionen“ reduzieren und „Wasser sparen“:

Das DOE geht davon aus, dass die neue Vorschrift den Verbrauchern in den folgenden 30 Jahren Einsparungen bei den Stromrechnungen in Höhe von

fast 3 Milliarden Dollar bringen und die Kohlendioxidemissionen um 12,5 Millionen Tonnen verringern wird – eine Menge, die in etwa den kombinierten jährlichen Emissionen von 1,6 Millionen Haushalten entspricht. Das DOE geht außerdem davon aus, dass durch die neue Regelung 240 Milliarden Gallonen Wasser eingespart werden, was dem Wasser von 360.000 Schwimmbädern von olympischer Größe entspricht.

3 Milliarden Dollar – das ist eine Menge Geld! Eigentlich nicht. Es sind 3 Milliarden Dollar über 30 Jahre, oder 100 Millionen Dollar pro Jahr. In den USA gibt es 123 Millionen Haushalte, das ist also weit weniger als ein Dollar pro Jahr und Haushalt. Auch die angebliche Reduzierung der CO₂-Emissionen ist nicht gerade gering: 12,5 Millionen Tonnen über 30 Jahre sind 417.000 Tonnen pro Jahr. Dem stehen etwa 6,34 Milliarden Tonnen an Emissionen für die USA im Jahr 2021 und 37,12 Milliarden Tonnen für die Welt gegenüber. Die Verringerung der CO₂-Emissionen würde also, wenn sie tatsächlich erreicht würde, 0,0066 % der US-Emissionen bzw. 0,0012 % der weltweiten Emissionen betragen. Aber sollte die Stromerzeugung in den USA nicht schon in 10 Jahren kohlenstofffrei sein? Wenn dem so ist, werden die meisten der vermeintlichen Emissionsreduzierungen durch effizientere Geschirrspüler niemals eintreten.

Inzwischen hat jeder bemerkt, dass frühere Energie- und Wasser-Effizienznormen des Energieministeriums für Geschirrspüler dazu geführt haben, dass diese viel länger laufen und das Geschirr nicht sauber wird. Die neuen Normen, die einen noch geringeren Wasser- und Stromverbrauch beim Geschirrspülen vorschreiben, können die Situation nur noch verschlimmern. Und das alles, um weniger als einen Dollar pro Jahr zu sparen? Fast jeder wäre bereit, einen zusätzlichen Dollar pro Jahr – oder vielleicht sogar fünf – für einen Geschirrspüler zu zahlen, der tatsächlich funktioniert. Warum können wir diese Möglichkeit nicht haben? Weil es den Umweltverrückten im DOE völlig egal ist, ob Sie Ihre Zeit mit dem Vorspülen des Geschirrs verschwenden oder auf das Ende eines endlosen Spülgangs warten müssen, bevor Sie das Geschirr für das Kochen des Abendessens verwenden können.

In einem viel größeren Rahmen ist die [Vorschrift](#) mit dem Titel „*Multi-Pollutant Emissions Standards for Model Years 2027 and Later Light-Duty and Medium-Duty Vehicles*“ zu sehen, die ebenfalls am 5. Mai veröffentlicht wurde [etwa: „Multischadstoff-Emissionsnormen für leichte und mittelschwere Nutzfahrzeuge ab Modelljahr 2027“]. Diese Vorschrift stammt von der EPA. Es handelt sich um die Vorschrift, die die schrittweise Abschaffung von benzinbetriebenen Fahrzeugen bis etwa 2032 zugunsten von Elektrofahrzeugen vorschreibt.

Der Erfolg der benzinbetriebenen Fahrzeuge auf dem Markt war bis heute das Ergebnis einer Vielzahl von Kompromissen, die die Verbraucher zu ihrem eigenen Vorteil eingegangen sind. Zu diesen Abwägungen gehören u. a.: die Anschaffungskosten des neuen Fahrzeugs, die Reichweite des Fahrzeugs bei einmaligem Tanken, die Dauer des Tankvorgangs, die Kosten

für die Reparatur des Fahrzeugs im Falle einer Beschädigung, der Wert des Fahrzeugs beim Wiederverkauf, die Schwierigkeiten oder Gefahren bei der Lagerung des Fahrzeugs und viele andere Faktoren.

Nun hat die EPA eigenmächtig beschlossen, dass keines dieser Dinge so wichtig ist wie das, worauf sie sich konzentriert, nämlich die CO₂-Emissionen des Fahrzeugs während des Betriebs. Beachten Sie, dass die Emissionen des Fahrzeugs während des Betriebs überhaupt nicht dasselbe sind wie die Emissionen während der gesamten Lebensdauer des Fahrzeugs, die sowohl die Emissionen aus dem Bergbau und der Herstellung des Fahrzeugs als auch, im Falle von Elektrofahrzeugen, die Emissionen aus den Quellen, die zur Erzeugung des Stroms für den Betrieb des Fahrzeugs verwendet werden umfassen, die in den meisten Fällen mehrheitlich aus fossilen Brennstoffen bestehen, was auch in absehbarer Zukunft der Fall sein dürfte.

Während in einer gesunden Welt viele wichtige Abwägungen bei der Entscheidung für ein bestimmtes Fahrzeug getroffen werden müssen, geht die EPA nicht einmal auf diese Frage ein. Ihr einziger Fokus ist die Reduzierung der Kohlenstoffemissionen. Wenn das bedeutet, dass man das Doppelte für ein Fahrzeug ausgeben oder täglich Stunden an einer Ladestation verbringen muss oder riskiert, dass das Fahrzeug in der Garage Feuer fängt und das Haus abbrennt, ist das für sie nicht wichtig.

Wie groß sind die Chancen, dass eine EPA oder ein Energieministerium jemals per Verordnung Kompromisse in wichtigen Fragen wie diesen eingehen könnte, die für die Verbraucher tatsächlich sinnvoll sind, um ihr Wohlergehen zu fördern? Ungefähr null. Sie haben ein einziges Ziel, und wenn das bedeutet, Ihren Lebensstil zu zerstören, dann tun sie das nur zu gern.

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2023/06/01/bureaucrats-completely-incapable-of-making-reasonable-trade-offs/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE